

Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen in Sachsen-Anhalt 2024

Im Jahr 2024 wurden in Sachsen-Anhalt insgesamt fünf politisch motivierte Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen registriert. Diese Taten wurden im Rahmen der sogenannten Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) erfasst, bei der eine politische Motivation als Tatgrund angenommen wird.

Die Erfassung der Fallzahlen erfolgt bis zum 31. Januar 2025, wobei die vorliegenden Daten zum Stichtag 31. Dezember 2024 vorläufig sind und noch mit den Bundesbehörden abgeglichen werden.

Motivation und Aufklärung - Die Angriffsmotivation bei diesen Brandstiftungen wurde dem politischen Linksextremismus zugeordnet. Die Aufklärungsquote im Bereich der vorsätzlichen Brandstiftung an Kraftfahrzeugen lag im Jahr 2024 bei 18,2 Prozent. Insgesamt wurden sechs Tatverdächtige rechtskräftig wegen Brandstiftung an Kraftfahrzeugen verurteilt.

Verteilung der Fälle nach Landkreisen und Städten - Die Statistik zeigt, dass die meisten Fälle in den größeren Städten und Landkreisen Sachsens-Anhalts auftraten:

- | | |
|-----------------------------------|---------------------------------|
| • Magdeburg: 33 Fälle | • LK Anhalt-Bitterfeld: 2 Fälle |
| • Halle (Saale): 23 Fälle | • LK Börde: 4 Fälle |
| • Burgenlandkreis: 9 Fälle | • LK Mansfeld-Südharz: 0 Fälle |
| • Saalekreis: 10 Fälle | • Jerichower Land: 0 Fälle |
| • Harz: 34 Fälle | • LK Wittenberg: 1 Fall |
| • Wittenberg: 1 Fall | • LK Harz: 34 Fälle |
| • Stendal: 1 Fall | • LK Stendal: 1 Fall |
| • Altmarkkreis Salzwedel: 3 Fälle | • LK Wittenberg: 1 Fall |

Fazit - Obwohl die Zahl der politisch motivierten Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen im Jahr 2024 vergleichsweise gering ist, zeigt die Statistik, dass insbesondere größere Städte wie Magdeburg, Halle und der Harz-Kreis betroffen sind. Die Polizei arbeitet weiterhin an der Aufklärung dieser Taten und setzt auf Präventionsarbeit, um politisch motivierte Brandstiftungen zu verhindern. Für die Bevölkerung gilt: Aufmerksamkeit und Meldung verdächtiger Beobachtungen sind wichtige Bausteine im Kampf gegen politisch motivierte Straftaten.